

Humanistische Friedenspartei
HFP
Berlin



Parteiprogramm

vom 25.02.2017

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
1. Frieden.....	5
2. Menschenrechte.....	5
3. Basisdemokratie.....	6
4. Presse- und Meinungsfreiheit.....	6
5. Bildung.....	7
5.1 Sport/ Musik/ Kunst im Bildungsauftrag.....	8
5.2 Öffentlich-rechtliche Sender und ihr Bildungsauftrag.....	8
6. Netzneutralität, Privatsphäre und Datenschutz.....	8
7. Soziales.....	9
7.1 Familie.....	9
7.2 Kinder- und Jugendschutz.....	9
7.3 Inklusion.....	10
7.4 Drogen-, Ideologie- und Sexualaufklärung.....	10
7.5 Verbraucherschutz:.....	10
7.7 Allgemein Soziales.....	11
7.8 Rente.....	11
8. Gesundheit.....	11
9. Betäubungs-, Rausch- und Suchtmittel – Drogen.....	12
10. Migration und Integration.....	13
11. Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern.....	14
12. Verteidigung/ Innere Sicherheit:.....	14
12.1 Innere Sicherheit.....	15
13. Wirtschaft / Finanzen / BGE / Arbeit.....	16
13.1 Wirtschaft.....	16
13.2 Finanzen.....	18
13.3 BGE.....	20
13.4 Arbeit.....	20
14. Verkehr.....	22
15. Tierschutz:.....	22
16. Verfassung.....	23
17. Vernetzung.....	23

1 Präambel

2 Wir möchten einen klaren wirtschaftlichen Systemwandel einführen, hin zu entschieden mehr
3 Menschlichkeit und einem humanen Gesellschaftssystem mit der Einführung des
4 Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), um die Voraussetzung von mehr Gerechtigkeit
5 und Chancengleichheit zu schaffen.

6 Wir arbeiten an der friedlichen Umgestaltung des unlimitierten Kapitalismus in eine
7 humanistisch geprägte, dem Gemeinwohl verpflichtende Wirtschaftsform
8 (Gemeinwohlökonomie¹). Wir stützen uns dabei auf das Konvivialistische Manifest².

9 Alle positiven Errungenschaften der Menschheit, die sich bis heute entwickelt haben, wollen
10 wir erhalten und an weiteren nachhaltigen Entwicklungen arbeiten und sie fördern.

11 Uns ist es wichtig, eine Grundlage für eine ökologische, solidarische und friedliche
12 Weltwirtschaftsordnung zu erschaffen, und wir arbeiten an einer Verbesserung der
13 Lebensbedingungen aller Menschen.

14 Wir halten die Förderung von Selbstbestimmung und Humanismus sowie den Schutz der
15 Umwelt für notwendig, um allen zukünftigen Generationen ein besseres Dasein auf unserer
16 Erde zu ermöglichen. Diese neue Art von Politik wollen wir in Deutschland einführen und in
17 die Welt hinaustragen. Mit unserer Bewegung und der dazugehörigen neuen Art von Politik
18 wollen wir nach Vorbildern der weltweiten Friedensbewegung agieren und die
19 Menschenrechte ausbauen und humanistisch neu definieren.

20 Wir sind der Ansicht, dass menschliche Grundbedürfnisse wie der Zugang zu sauberem
21 Wasser, saubere Energie, Bildung, Obdach, Kommunikation, Meinungsfreiheit, Gesundheit
22 und Transport wichtige Grundlagen für den Frieden sind, die jeder Staat seiner Bevölkerung
23 als grundlegende Rechte garantieren sollte.

24 Jetzt ist die Zeit für eine friedliche, politische Auseinandersetzung aller Staaten, um die
25 Ursachen des weltweiten Elends und die wachsenden Ungerechtigkeiten anzusprechen und
26 zu deren Beendigung beizutragen.

27 Wir sind für eine notwendige Werteveränderung in der Gesellschaft, die für alle zukünftigen
28 Generationen zu mehr Menschlichkeit, zu mehr Umweltbewusstsein und zu mehr
29 gemeinschaftlichem Frieden führt. Dies wollen wir durch Basisdemokratie erreichen, damit
30 regional, national und international die Möglichkeit für den Bürger geschaffen wird, an allen
31 politischen Entscheidungen mitzuwirken.

32 Im Zentrum unserer Entscheidungen stehen diese 3 Leitfragen:

33 • **Nutzt es dem Menschen?**

34 • **Nutzt es der Umwelt?**

35 • **Nutzt es dem Frieden?**

¹ <http://network.humanistischefriedenspartei.de/topic/545/gemeinwohl-ökonomie-was-ist-das>

² <http://network.humanistischefriedenspartei.de/topic/80/konvivialistisches-manifest>

Hinweise:

- 37 - **Alle unsere Gesetzesvorhaben und**
38 **Verordnungen, die sich nach gewisser Zeit als**
39 **nicht umsetzbar oder realitätsfremd erweisen,**
40 **müssen in schnellstmöglicher Zeit, im Sinne des**
41 **Gemeinwohls, korrigierbar sein.**

- 42 - **Alle unsere Programmpunkte und die**
43 **enthaltenen Vorschläge wollen wir zur**
44 **Diskussion bringen und die**
45 **basisdemokratischen Ergebnisse aus den**
46 **Volksbefragungen umsetzen.**

- 47 - **Die in diesem Dokument verwendeten männli-**
48 **chen Bezeichnungen gelten selbstverständlich**
49 **auch für weibliche Personen.**

50

51 1. Frieden

52 Eines der größten Anliegen der HFP ist die Schaffung und dauerhafte Wahrung des
53 Friedens. Um diesem Ziel näher zu kommen, ist es unabdinglich, der Selbstverständlichkeit
54 entgegenzuwirken, mit der Krieg in unserer Gesellschaft hingenommen wird.

55 **Im Besonderen möchten wir uns den folgenden Themen widmen:**

56 - **Förderung der friedlichen Völkerverständigung**

57 Weltweiter Frieden beginnt bei der Verständigung unter den Völkern. Auch fest
58 gefahrene Situationen können und sollten friedlich gelöst werden.

59 Daher schlagen wir die Aushandlung von neuen Friedensverträgen vor, die die
60 gleichberechtigte Behandlung der Völker und die Vereinbarkeit mit Natur und Mensch
61 wieder in den Mittelpunkt rücken sollen.

62 - **Neutralität**

63 Wir streben eine dauerhafte neutrale Position Deutschlands im Weltgeschehen an.

64 - **Transparenz der Nachrichtendienste**

65 Als ersten Schritt, den Handlungsbereich der Nachrichtendienste einzuschränken,
66 müssen transparente Kontrollstellen eingerichtet werden.

67 - **Freie Presse**

68 Wir setzen uns für die Stärkung und Wahrung einer freien Presse, unabhängige
69 Journalisten und für die Pressefreiheit im Allgemeinen ein.

70 - **Schaffung eines Friedensministerium**

71 Wir werden ein neues Ministerium des Friedens gründen, weil viel mehr für den
72 internationalen Frieden getan werden muss.

73 Durch die dauerhafte Beeinflussung durch den militärisch-industriellen Komplex sind
74 die Menschen bereit, mehr für den Krieg als für den Frieden zu investieren.

75 - **Entschleunigung**

76 Wir wollen dem Druck und der Schnelllebigkeit entgegenwirken, Leistungszwang
77 abbauen, Individualität und Kulturaustausch fördern.

78 2. Menschenrechte

79 Die in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Menschenwürde, welche sich inhaltlich auch
80 in der Erklärung der Menschenrechte wiederfindet, muss ernst genommen und
81 **ausnahmslos** durchgesetzt werden. Ebenso muss die Autonomie (Selbstbestimmung) der
82 Individuen gestärkt werden.

83 Hunger und Armut müssen um jeden Preis effektiv bekämpft werden. Auch dezentrale, lokale
84 Projekte wie die "essbaren Städte" müssen unterstützt werden. Wir wollen keine noch
85 essbaren Lebensmittel entsorgen, sondern sie der Allgemeinheit kostenlos zugänglich
86 machen. Wir setzen uns für ein weltweites Recht auf gesunde und natürliche Lebensmittel
87 ein, vor allem aus der regionalen Landwirtschaft.

88 Kinderrecht und Kinderschutz sind unbedingt notwendig, um den Kindern eine gute Kindheit
89 zu ermöglichen. Das Adoptionsrecht muss auf alle verantwortungstragenden
90 Paarbeziehungen (heterosexuelle, homosexuelle und transsexuelle Paare) ausgeweitet
91 werden, um allen eltern- und familienlosen Kindern einen Platz zum Aufwachsen zu geben.

92 Jeder Mensch muss ein Recht auf die Schließung einer Ehe haben.

93 Alle Menschen haben das Recht auf eine zweckmäßige und einwandfreie medizinische
94 Behandlung. Grundlage dessen ist eine freie und kostenlose gesundheitliche Versorgung
95 aller Menschen.

96 Ab vollendetem 15. Lebensjahr soll jeder Mensch das Recht auf kostenlose und individuelle
97 Bildung haben.

98 Die Teilhabe (Inklusion) von Behinderten muss in jedem Bereich bestmöglich erfolgen (UN-
99 Behindertenrechtskonvention UN-BRK). Den "normalen Menschen" gibt es nicht. Jeder
100 Mensch ist gleich zu behandeln und hat die gleichen Rechte.

101 **3. Basisdemokratie**

102 Durch regionale und bundesweite Volksentscheide wollen wir die unmittelbare Beteiligung
103 aller Bürger an politischen Entscheidungen fördern und sie zum festen Bestandteil der
104 Basisdemokratie machen, damit sowohl kommunale und regionale als auch Landes- und
105 Bundesfragen von den Bürgern vor Ort entschieden werden können.

106 Dieses sollte durch zeitgemäße Technologie, beispielsweise mit einer personalisierten ID-
107 Nummer, ermöglicht werden.

108 Die Anzahl der Bundesabgeordneten im Bundestag ist zu überdenken.
109 Rente für Abgeordnete im Bund sollten den Regeln der Rente aller anderen Bürger
110 angeglichen werden.

111 Wir wollen eine breite Diskussion in der Gesellschaft anregen über den Lobbyismus im
112 Bundestag und über die Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten.

113 **4. Presse- und Meinungsfreiheit**

114 Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung und
115 der Tragweite ihrer Berichterstattung für eine friedliche, humanistische Gesellschaft bewusst
116 sein.

117 Sie sollen ihre publizistische Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflusst
118 von persönlichen Interessen, unabhängig von Regierungen, von politischen Einflüssen, von
119 Firmen, Konzernen sowie ohne Zensur und Einschränkungen durch Interessen oder
120 sachfremde Beweggründe wahr nehmen.

121 Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige
122 Unterrichtung der Öffentlichkeit sollen wieder das oberste Gebot der Presse werden.

123 Wir wollen eine unabhängige und ausgewogene Berichterstattung stärken und bemühen
124 uns, Vorschläge dafür zu erarbeiten.

125 Meinungsfreiheit ist eines der kostbarsten Rechte des Menschen (französisch: "un des droits
126 les plus précieux de l'Homme").

127 Für die Stärkung der Meinungsfreiheit ist die Förderung der Medienkompetenz unabdingbar.
128 Eine höchstmögliche Vielfalt in der Ausleuchtung zu einem Thema ist beständig anzustreben.
129 Dabei ist die Unabhängigkeit wissenschaftlich und - sofern nötig - durch ein
130 Umlageverfahren oder andere geeignete Maßnahmen zu gewährleisten.

131 **5. Bildung**132 **In der Bildung setzen wir auf Aufklärung statt Ausbildung.**

133 Gemeinwohl soll ein Pflichtfach in den Gemeinwohlschulen³ von der ersten bis zur 8. Klasse
134 sein (Inhalt: Kindererziehung, Kommunikation, Medienkompetenz, Weltkunde, Kultur, Ethik &
135 Moral, Politik, Menschenrechte, Umweltverhalten, Arbeitswelt, Handwerken, Hauswirtschaft,
136 Finanz- und Bankensystem, Versicherungs- und Steuersystem, Strafrecht, Neuartige
137 Technologien, Astronomie, Friedensarbeit).

138 Wir unterstützen die Einführung des Gebärdensprachenunterrichtes in Gemeinwohlschulen
139 (Regelschulen Beispiel Hamburg)

- 140 - Wir setzen uns zum Ziel, die Individualität des Einzelnen zu fördern.
- 141 - Wir fordern unentgeltliches, frei zugängliches Wissen und open source für jeden
142 Menschen (Inklusion - deutsch: Teilhabe).
- 143 - Wir möchten die Schulpflicht auflockern, diese sollte bis zur 8. Klasse jedoch
144 weiterhin gelten, bis einschließlich dem 14. Lebensjahr.
- 145 - Das Bewertungssystem soll auf Kooperation ausgelegt werden und nicht auf
146 Konkurrenz.
- 147 - Nach Vollendung des 14. Lebensjahres (nach Schulpflicht) kann jeder
148 Schüler/Student aus verschiedensten Fachrichtungen seinen Unterricht
149 zusammenstellen und diesen zeitlich flexibel gestalten. Bewertet wird die Zeit, die ein
150 Schüler/Student in verschiedenen Fachrichtungen investiert. Dies wird in
151 Schulstunden dokumentiert und gilt als individueller Fachnachweis bzw. Abschluss.
152 Damit löst sich die Einteilung von Haupt-/Realschule und Abitur auf.
- 153 - Durch den Abschluss der Gemeinwohlschule erhält der Schüler die Erlaubnis, eine
154 Berufs(-orientierungs)schule⁴ 1 zu besuchen.
- 155 - Junge Menschen sollen schrittweise an ein soziales und ökologisches Verhalten
156 herangeführt werden. Dies erfolgt durch entsprechende Bildungsmaßnahmen wie u.a.
157 ein soziales oder ökologisches Jahr, welches auf freiwilliger Basis bis zu drei Jahre
158 verlängert werden kann.
- 159 - Geld- und Haftstrafen für Eltern, deren Kinder ihrer Schulpflicht nicht nachkommen,
160 sollen abgeschafft werden. Unsere Schulen müssen Orte sein, an denen Kinder
161 gerne freiwillig lernen.
- 162 - Prüfungen werden vom Staat ganzjährig in allen Fachrichtungen kostenlos zur
163 Verfügung gestellt.
- 164 - Jeder Mensch hat lebenslang das Recht, am Bildungswesen teilzunehmen und sich
165 zu qualifizieren.
- 166 - Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ohne Schulabschluss und Ausbildung
167 unbedingt gefördert und Hürden abgebaut werden müssen, um diese Menschen
168 leichter in die Gesellschaft zu integrieren.

³ Eine neue Art von Schule mit 8 Klassen basierend auf dem Gemeinwohl, die wir anstreben.

⁴ Neue Strukturierung unserer Berufsschulen nach der 8.Klasse.

169 5.1 Sport/ Musik/ Kunst im Bildungsauftrag.**170 Sport/ Musik/ Kunst sollten:**

- 171 - nachhaltig gefördert werden,
- 172 - für jeden Bürger zugänglich sein,
- 173 - in öffentlichen Einrichtungen und Schulen für Kinder und Jugendliche kostenlos sein.

174 5.2 Öffentlich-rechtliche Sender und ihr Bildungsauftrag

175 Die HFP fordert die Rückführung der öffentlich-rechtlichen Medien (TV/Hörfunk) zu ihrem
176 ursprünglichen Informations- und Bildungsauftrag dem Bürger gegenüber.

177 Das Volk wählt alle Vorstände der Sendeanstalten und begleitender Ministerien und
178 Medienanstalten und entlässt diese ggf. auch wieder.

**179 Das oberste Ziel öffentlich-rechtlicher Medien muss eine objektive, kritische und
180 unabhängige Berichterstattung sein.**

181 Bildungsendungen (TV/Hörfunk) müssen eine ebenso große Rolle innerhalb der öffentlich-
182 rechtlichen Medien spielen wie der reine Informationstransfer.

183 Finanziert werden sollen die öffentlich-rechtlichen Medien nicht mehr durch die
184 Rundfunkbeiträge, die momentan durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ/ seit 2013 "ARD
185 ZDF Deutschlandradio Beitragsservice") eingezogen werden, sondern durch eine
186 angemessene Steuer.

187 Es darf keine finanzielle Einflussnahme von außen wie z.B. durch Werbung oder Politik
188 geben. Die Höhe der Finanzmittel soll durch das Volk bestimmt werden. Finanzen müssen
189 dem Volk gegenüber offen gelegt werden.

190 Das Einkommen der Mitarbeiter und des Vorstandes richtet sich an dem Medianeinkommen
191 der Deutschen aus.

192 Neben Nachrichten sollten Geschichte, Kunst, Kultur und Musik, Umwelt und Wissenschaft
193 maßgeblich als Programminhalte enthalten sein.

194 6. Netzneutralität, Privatsphäre und Datenschutz

195 Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz sind uns sehr wichtig, da es um die Würde
196 und Freiheit des Menschen geht. Darüber hinaus kann Basisdemokratie ohne Privatsphäre
197 und Datenschutz kaum gelebt werden.

198 Die Meinungsfreiheit und die persönliche Entfaltung sind die Basis für eine demokratische
199 Gesellschaft, diese gilt es zu stärken.

200 Systeme, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen und
201 genauen Prüfung durch eine von der Regierung unabhängigen, volksnahen Instanz
202 unterliegen.

203 Flächendeckende Überwachung durch Vorratsdatenspeicherung verletzt das Bürgerrecht auf
204 Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Die
205 Weitergabe personenbezogener Daten vom Staat an die Privatwirtschaft soll unter Strafe
206 gestellt werden. Wir sind für ein erweitertes Kommunikationsgeheimnis, das das
207 Briefgeheimnis erweitert.

208 Zur Wahrung des Grundgesetzes, des freien Menschen und der Basisdemokratie wird ein
209 Verbot der Implantierung von Identifikationstechnologien in den menschlichen Körper
210 angestrebt.

211 Wir sind für die Freiheit des Netzes ohne Einschränkungen, dazu gehören auch die
212 Privatsphäre und der unabdingbare Datenschutz. Der Datenschutz sollte einer Prüfung durch
213 eine von der Regierung unabhängigen, volksnahen Instanz unterliegen. Diese Instanz hat für
214 völlige Transparenz zu sorgen.

215 Wir sind für einen freien und kostenlosen Zugang zum Internet für alle.
216 Der Unterhalt sowie die Kosten des Ausbaues der Netze werden durch die
217 Gemeinwohlbilanz abgedeckt.

218 **7. Soziales**

219 **7.1 Familie**

220 Wir wollen ein uneingeschränktes Adoptionsrecht von heterosexuellen, homosexuellen und
221 transsexuellen Paaren und die Ehe für alle (ausgeschlossen Familienmitglieder ersten
222 Grades) mit gleichen Rechten und Pflichten. Weiterhin fordern wir eine absolute
223 Gleichstellung von Mann und Frau.

224 Wir fordern, dass das Jugendamt nur im Interesse der Kinder agiert und keine weiteren
225 (bspw. finanziellen) Interessen verfolgt.

226 Kindergärten sollen ebenso wie die sonstige Bildung für jeden verfügbar und kostenlos sein.

227 **7.2 Kinder- und Jugendschutz**

228 Bestehende Schutzmaßnahmen (bezogen auf Filme, Videospiele, Apps, YouTube o.ä.)
229 müssen durchgesetzt bzw. überprüft werden. Kinder und Jugendliche sollen vor
230 ungeeigneten, gewaltreichen Inhalten unbedingt geschützt werden.

231 **Mögliche Umsetzung:**

232 Der Kauf, die Registrierung und/oder die Nutzung von Jugendschutz gefährdenden Inhalten
233 sind an den Personalausweis geknüpft. Darüber hinaus möchten wir sicherstellen, dass die
234 Nutzung nur durch eine erwachsene Person erfolgt, nicht durch Minderjährige. Dazu
235 gehören:

- 236 - Aufklärung der Eltern im Sinne des Bildungsauftrages,
- 237 - Kriegsspielzeug für Kinder untersagen,
- 238 - Jugendarbeit intensivieren (Jugendzentren mit Sozialarbeitern, Förderung von Musik,
239 Sport und Kunst),
- 240 - Zu jedem Kindergarten sollte möglichst ein Garten gehören und die Kinder sollten an
241 die Umwelt/Natur herangeführt werden,
- 242 - Internetanbieter, Provider und Dienstleister verpflichten, die Verantwortung für die
243 Einhaltung und Sicherstellung des rechtlich festgelegten Jugendschutzes zu
244 übernehmen,
- 245 - Netzportale für Kinder, Sendungen und Programminhalte (Hörfunk/TV) für
246 Minderjährige sind von kommerzieller Werbung frei zu halten. Dies betrifft auch
247 einrahmende Werbung (Fensterwerbung) sowie Werbeeinblendungen im Internet.

248 **7.3 Inklusion**249 **Inklusion bedeutet:**

250 Teilhabe aller Menschen mit Behinderung für ein verbessertes BundesTeilHabeGesetz, das
251 die Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion behinderter Menschen im Sinne der UN-
252 Behindertenrechtskonvention in den Mittelpunkt stellt. Teilhabegeld für alle Menschen mit
253 Behinderung Abschaffung der Sanktionen im SBG II §31. Für ein bedingungsloses
254 Grundeinkommen, das eine sichere Existenz und soziale Teilhabe gewährleistet.

255 **7.4 Drogen-, Ideologie- und Sexualaufklärung**

256 Sexual-, Ideologie- und Drogenaufklärung sollten die natürliche kindliche Entwicklung
257 beachten.

258 Zum Prüfen kindgerechter Aufklärungsinhalte zum Thema Drogen und Sexualität sollten
259 möglichst Wissenschaftler zu Rate gezogen werden mit dem Zweck, mögliche negative
260 Auswirkungen auf die kindliche und jugendliche Entwicklung zu vermeiden.

261 Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind Kinder vor Dienst in der und Anwerbung durch
262 die Bundeswehr zu schützen.

263 Kinder und Jugendliche sind besonders vor **Anwerbung** durch fanatisch, religiöse Sekten
264 und ideologische Gruppierungen zu schützen.

265 **7.5 Verbraucherschutz:**

266 **Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die den fossilen Energiebedarf für die**
267 **Herstellung von Konsumgütern und deren Verpackungen senken bzw. einschränken!**

- 268 - Die Herstellung von Konsumgütern soll in Komponenten erfolgen, welche man
269 jederzeit auswechseln und reparieren kann, um die natürlichen Ressourcen und die
270 Umwelt zu schonen.
- 271 - Die Hersteller haben eine Gewährleistungspflicht von mindestens 5 Jahren zu
272 garantieren, vor allem für elektronische Geräte (Ehrenkodex) wäre langfristig eine
273 lebenslange Haltbarkeitsgarantie sinnvoll.
- 274 - Wir wollen dieses Ziel mit Hilfe und Förderung von Reparaturläden und mit Recycling
275 und Nachhaltigkeitsmethoden in allen Branchen erreichen.
- 276 - Wir sind für eine Welt ohne sogenannte Sollbruchstellen (**Obsoleszenz**), die die
277 Lebensdauer von Elektrogeräten negativ beeinflussen.
- 278 - Die Verpackung muss den wahren Inhalt widerspiegeln und klare Inhaltsangaben
279 haben (keine Mogelpackungen).
- 280 - Wir sind für klare Inhaltsangaben auf Lebensmittelverpackungen und wir möchten so
281 genannte E-Stoffe, unnötige Zusatzstoffe, Glutamate etc. in Lebensmittel vermeiden.
- 282 - Wir wollen die industrielle Herstellung von "Lebensmitteln" minimieren, da wir auf
283 chemische Zusatzstoffe verzichten wollen.
- 284 - Der Gesundheit zuliebe setzen wir auf frische und regionale Lebensmittel.

- 285 - Solange die Wechselwirkung von Herbiziden und Pestiziden nicht vollends als
286 ungefährlich eingestuft werden kann, sollen diese weder in den Verkehr noch in/auf
287 die Böden gebracht werden.
- 288 - Die Bevölkerung sollte über die Erforschung des Geoengineering transparent in
289 Kenntnis gesetzt und regelmäßig darüber informiert werden (z.B.
290 Luftverschmutzung).

291 **7.7 Allgemein Soziales**

- 292 - Mehrgenerationen-Häuser wollen wir fördern.
- 293 - Jeder Mensch sollte ein Recht auf einen festen, bezahlbaren Wohnsitz haben.
294 Solange es dieses Recht noch nicht gibt, sollen Obdachlose garantierte Schlafplätze
295 und menschenwürdige Hygienemöglichkeiten bekommen.

296 **7.8 Rente**

- 297 - Um Altersarmut zu bekämpfen, sollen alte Menschen in unserer Gesellschaft fair und
298 gerecht behandelt werden.
- 299 - Es soll für jeden eine Rentengrundsicherung bereitstehen, d.h. die Grundsicherung
300 wird an den Warenkorb gekoppelt.
- 301 - Dies gilt für alle Menschen, auch wenn sie nicht in das Rentensystem eingezahlt
302 haben.

303 **Wenn das BGE eingeführt ist, wird das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet**
304 **und das Mindestrenteneintrittsalter wird abgeschafft.**

305 **8. Gesundheit**

- 306 - Das Gesundheitssystem soll ausschließlich auf die Gesundheit aller Menschen
307 ausgerichtet und nicht profitorientiert sein.
- 308 - Wir schlagen eine individuell gestaltbare gesundheitliche Grundversorgung vor.
- 309 - Das bestehende Krankenversicherungssystem bedarf einer Reform. Die
310 Grundversorgung soll durch eine einheitliche Krankenversicherung abgedeckt sein,
311 die im Grundeinkommen enthalten ist. Darüber hinaus
312 – und nur insofern – sind private Krankenversicherungen zugelassen.
- 313 - Nahrungsmittel müssen hinsichtlich eventuell gesundheitsgefährdender Stoffe
314 markiert werden (Ampelprinzip) und alle Inhaltsstoffe müssen klar und deutlich lesbar
315 sein.
- 316 - Daten (Gesundheitsdaten) dürfen von Firmen nur aus arbeitstechnischen Gründen
317 gespeichert werden. Sie dürfen nicht zuordbar sein und nicht weiterverarbeitet oder
318 weitergegeben werden. Diese Daten stehen unter striktem Datenschutz.

319 9. Betäubungs-, Rausch- und Suchtmittel – Drogen

320 Der Kampf gegen Drogen ist gescheitert. Konsum und Handel sind nach wie vor
321 unkontrolliert und wurden bis jetzt nicht reduziert.

322 In der momentanen Drogenpolitik ist aus unserer Sicht ein grundsätzliches Umdenken
323 erforderlich.

324 Die Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten halten wir für überfällig und wir werden uns
325 mit allen verbünden, die dies auch so sehen.

326 Unsere Drogenpolitik sieht vor:

- 327 - Wir wollen den Verkauf und Konsum von Hanf und Cannabis legalisieren und auf
328 diesem Weg die Konsumenten entkriminalisieren.
- 329 - Wir fordern den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu genehmigen, sowie
330 Cannabis-Clubs zu erlauben. Dabei müssen der Jugendschutz sowie ein
331 entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir wollen die Möglichkeiten erleichtern,
332 Cannabis als Arzneimittel medizinisch einzusetzen und zu erforschen.
- 333 - Wir möchten das Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen sowie die
334 Drogenstrategie der Europäischen Union hin zu einer menschlichen und aufgeklärten
335 Drogenpolitik beeinflussen.
- 336 - Wir setzen uns dafür ein, den Handel mit Drogen, in erster Linie mit Hanf zu
337 legalisieren und entsprechend dem wissenschaftlichen Stand differenziert zu
338 behandeln, zu regulieren und zu kontrollieren.
- 339 - Wir folgen dem Beispiel anderer Länder in der Frage der Legalisierung und wollen
340 eine kontrollierte und regulierte Abgabe von Cannabis-Produkten (Coffee Shops,
341 Apotheken, etc.), um den Konsumenten besser zu schützen.
- 342 - Es soll keinerlei Stigmatisierungen von Drogenkonsumenten mehr stattfinden.
343 Dadurch wird dem sozialen Ausschluss aus Familie, Schule, Arbeit, Lehre etc.
344 vorgebeugt.
- 345 - Wir fordern bundeseinheitliche, wissenschaftlich abgesicherte Grenzwerte für den
346 Straßenverkehr, die eine akute Fahruntüchtigkeit nachvollziehbar neu definieren. Dies
347 gilt insbesondere für den Cannabiswirkstoff THC.
- 348 - Durch die Legalisierung sehen wir nicht nur die Möglichkeit Steuergelder
349 einzunehmen, auch werden dadurch Steuergelder eingespart (z.B. ca.140.000
350 Strafverfahren wegen Cannabis, ca.1 Mrd. € an jährlichen Repressionskosten) sowie
351 die Polizei und die Justiz zu entlastet.
- 352 - Wir sind der Meinung, dass alle natürlichen Pflanzen komplett aus dem
353 Betäubungsmittelgesetz entfernt werden und legal sein sollten, denn sie sind von der
354 Natur erschaffen worden.

355

356 Aufklärung / Betreuung / Jugendschutz

- 357 - Wir fordern mehr Drogenaufklärung, um den Drogenkonsum zu reduzieren und die
358 Vorbeugung flächendeckend zu stärken. Dafür wollen wir zusätzliche Stellen schaffen
359 z.B. für psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen.
- 360 - Wir wollen einen regulierten Markt ermöglichen, um einen besseren und intensiveren
361 Kinder- und Jugendschutz zu gewährleisten.
- 362 - Wir müssen neue Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit
363 Rauschmitteln schaffen, um die Selbstbestimmung (Drogenmündigkeit) zu
364 garantieren, zu respektieren und um drogenbedingte Probleme zu reduzieren.

365 Legal Highs

366 Wir wollen das Ausweichen auf Legal Highs eindämmen, welche nach unserer Meinung sehr
367 gefährlich sind und nur kontrolliert zum Verkauf freigegeben werden dürfen.

368 Werbeverbot ALLER Drogen

369 Wir sind der Meinung, dass jegliche Werbung in der Öffentlichkeit für Rauschmittel
370 einzustellen ist (inklusive Zigaretten, Alkohol und Kaffee)

371 Spielsucht

372 Um die Gefahren der Spielsucht zu verringern, sind wir für eine konsequente Durchsetzung
373 des Kinder- und Jugendschutzes. Wir setzen uns dafür ein, Konzessionen für Spielhallen,
374 Spielotheken und Casinos zu reduzieren.

375 Chemische Zusätze in Zigaretten

376 Jegliche chemischen Zusätze in Zigaretten und Tabak lehnen wir ab.

377 Entdiskriminierung von Rauchern

378 Es sollen in öffentlichen Bereichen (öffentlichen Gebäude, Gastronomie, auf Bahnsteigen,
379 auf Flughäfen etc.) Raucherbereiche für Raucher und Nutzer von E-Zigaretten zur Verfügung
380 stehen, um die Nichtraucher zu schützen.

381 10. Migration und Integration**382 Ein gemeinschaftliches Miteinander voller Respekt und Anerkennung sowie die Vielfalt
383 der Kulturen werden von der HFP gefördert.**

384 Als Grundlage für Asylansprüche richtet sich die HFP nach den Genfer Flüchtlingskonventionen,
385 dazu zählen auch sexuelle, religiöse, politische und ethnische Gründe sowie
386 lebensbedrohende Zustände wie Hungersnot und Umweltkatastrophen.

387 Erstaufnahmen müssen unbürokratisch und schnell geregelt werden.

388 Allen in Deutschland lebenden asylsuchenden Menschen ist eine Gesundheitsversorgung zu
389 garantieren.

390 Im Ausland erworbene Qualifikationen, die nachweisbar sind, sollen in Deutschland leichter
391 anerkannt werden. Voraussetzung für die Qualifikationsanerkennung ist eine fachbezogene
392 Prüfung in deutscher Sprache. Jedem Migranten werden kostenlose Deutschkurse
393 angeboten.

394 Nach 5 Jahren haben die Migranten die Möglichkeit eine Prüfung abzulegen, mit der sie die
395 deutsche Staatsbürgerschaft erwerben können. (Der Prüfungskatalog muss Sprachkenntnis,

396 Kultur und Gesellschaftsfragen enthalten.) Während dieser 5 Jahre hat jeder Migrant ein
397 Anrecht auf Sozialhilfe. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss schnell und einfach
398 gewährleistet werden.

399 Jedes in Deutschland geborene Kind erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.
400 Seine Verwandten ersten Grades erhalten automatisch ein uneingeschränktes Bleiberecht.

401 Für Migranten und Asylbewerber gelten die deutschen Gesetze im selben Maße wie für die
402 deutschen Staatsbürger.

403 **11. Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern**

404 - Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit mit allen Schwellenländern verstärken
405 durch Bereitstellung des Knowhows (Cradle to Cradle⁵) ohne eigene wirtschaftlichen
406 Interessen.

407 - Hilfe zur Selbsthilfe kann nur durch freie Wissensweitergabe garantiert werden.

408 - Das Ziel ist es, dass die Länder sich selbst ernähren können, ohne die Natur
409 auszubeuten und die Umwelt und den Menschen durch Gifte zu schädigen.
410 (Cradle to Cradle) Kooperation statt Konkurrenz.

411 - In Europa subventionierte Lebensmittel wollen wir nicht mehr in die Schwellenländer
412 verkaufen.

413 - Wir sind dafür, ausschließlich zinslose Kredite für umweltschonende und
414 menschenrechtseinhaltende Projekte bereitzustellen.

415 **12. Verteidigung/ Innere Sicherheit:**

416 **Die Verteidigung Deutschlands beginnt nur im Falle eines Angriffs auf die**
417 **Bundesrepublik und endet an ihren Grenzen!**

418 - Wir fordern die umgehende Beendigung aller ausländischen Militäreinsätze der
419 Bundeswehr.

420 - Wir fordern die sofortige Kontrolle und Transparenz aller Waffenexporte und
421 Lizenzvergaben für Rüstungsgüter ins Ausland.

422 - Wir setzen uns für einen schnellstmöglichen, generellen Stopp **aller** Waffen- und
423 Rüstungsexporte ein.

424 - Wir fordern, sämtliche Handel/Verleih/Schenkungen/Lizenzvergabe von/für Waffen
425 oder Waffenersatzteilen mit dem Ausland zu beenden.

426 - Weiterhin fordern wir die Beendigung aller (Wirtschafts-) Sanktionierung anderer
427 Länder. Sanktionen sind nur als Reaktion auf eine Kriegserklärung legitimiert.

428 - Wir setzen uns langfristig für die Ächtung aller Rüstungsgüter ein.

⁵ <http://network.humanistischefriedenspartei.de/topic/736/cradle-to-cradle-von-wiege-zur-wiege-erklärung>

- 429 - Die atomare Abrüstung hat für uns oberste Priorität.
- 430 - Bei Verstößen fordern wir harte Strafen. Dabei werden sowohl Privatpersonen als
431 auch Firmen in Haftung genommen.
- 432 - Die Bundeswehr soll eine effiziente freiwillige Verteidigungsarmee bleiben.
- 433 - Eines unserer Ziele ist es, schrittweise die Bundeswehr in Deutschland in eine
434 humanitäre Organisation umzuwandeln.
- 435 - Wir fordern eine öffentliche Debatte über die internationale Sicherheitspolitik – unter
436 Einbeziehung der Europäischen Union. Diese Debatte sollte zu einem Volksentscheid
437 über Austritt oder Verbleib aus bzw. in der NATO führen.
- 438 - Wir setzen uns für ein echtes europäisches Friedensbündnis mit allen Ländern ein, in
439 dem sich jedes Mitgliedsland dazu bekennt, keine Waffenexporte zu betreiben. Das
440 ist das moralische Fundament, auf dem wir den Frieden ausrichten wollen.
441 Friedensverträge mit jedem einzelnen Land sind geplant.
- 442 - Wir streben den Abzug aller ausländischen Streitkräfte und die Schließung aller
443 ausländischen Militärbasen auf deutschem Boden an. Die Rückführung aller
444 ausländischen Waffen, die auf deutschem Boden gelagert sind, soll schnellstmöglich
445 umgesetzt werden.

446 **12.1 Innere Sicherheit**

- 447 - Wir lehnen das flächendeckende Ausspähen elektronischer Daten (E-Mail, Telefon,
448 Internet, Videoüberwachung etc.) ab. Privatsphäre und Datenschutz sind für uns
449 wichtige Pfeiler der gesellschaftlichen Freiheit.
- 450 - Wir wollen über die Zeitdauer und die Speicherung der Datenaufzeichnungen in
451 öffentlichen Bereichen die Diskussion anregen.
- 452 - Aufgedeckte ausländische Spionageaktivitäten in Deutschland sind wirkungsvoll zu
453 verfolgen.
- 454 - Wir fordern eine angemessene Aufstockung der Polizei, so dass diese ihren
455 Aufgaben ohne Überlastungen gerecht werden kann.
- 456 - Wir wollen eine öffentliche Diskussion in der Gesellschaft anregen über den
457 Austausch von tödlichen zu nichttödlichen Waffen bei der Polizei.
- 458 - Die Bundeswehr darf im Inneren nur für den Grenzschutz und in Katastrophenfällen
459 als Unterstützung eingesetzt werden.

460

461 **13. Wirtschaft / Finanzen / BGE / Arbeit**462 **13.1 Wirtschaft**

463 **Der Umbau des Wirtschaftssystems ist das Wichtigste für den Erhalt der Natur und**
464 **den Ausbau des Umweltschutzes.**

- 465 - Wir wollen vom unlimitierten neoliberalen Wirtschaftssystem Schritt für Schritt in eine
466 Gemeinwohlökonomie hineinwachsen. Wir sind für eine notwendige
467 Werteveränderung in der Gesellschaft, die für alle zukünftigen Generationen zu mehr
468 Menschlichkeit, mehr Umweltbewusstsein und mehr gemeinschaftlichem Frieden
469 führt.
- 470 - Die Gemeinwohlökonomie ist der Aufbruch zu einer **ethischen Marktwirtschaft**,
471 deren Ziel nicht die Vermehrung von Kapital ist, sondern ein **gutes Leben für alle**
472 **verfolgt**.
- 473 - Unsere Werte sind mit den Freihandelsabkommensverhandlungen (TTIP, TISA,
474 CETA....) nicht vereinbar, da wir der Meinung sind, dass solche Abkommen die
475 Demokratie untergraben.
- 476 - Die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technik sollte der Menschheit dienen und
477 nicht nur einzelnen Großkonzernen zur Verfügung stehen.
- 478 - Open Source und der Zugang zu freiem Wissen werden von uns unterstützt. Über
479 Patente und Urheberrechte sollte eine breite Diskussion in der Bevölkerung
480 angestoßen werden, denn wir sind der Meinung, dass Wissen der gesamten
481 Menschheit zur Verfügung gestellt werden muss, um unsere eigene Entwicklung zu
482 sichern und zu gewährleisten – kostenlos!
- 483 - Wir setzen uns für eine ernstgemeinte und konsequente Energiewende hin zu
484 erneuerbaren Energien ein. Dazu gehört auch der bald möglichste Stopp von
485 Subventionen für umweltschädliche Technologien.
- 486 - Atomkraft lehnen wir ab.
- 487 - Alternativen Energiegewinnungsmethoden und deren Erforschung stehen wir offen
488 gegenüber.
- 489 - Wir setzen uns für flächendeckende biologische Landwirtschaft ein und denken, dass
490 sie die einzige Zukunft für die Menschheit ist. Damit folgen wir einigen anderen
491 Staaten, die dies schon umgesetzt und in ihrer Verfassung verankert haben (z.B.
492 Bolivien, Bhutan).
- 493 - Wir wollen regionalen Anbau in den Vordergrund rücken und fördern.
- 494 - Wir stärken die schrittweise Umstellung auf ökologische, pestizid- und gentechnikfreie
495 Landwirtschaft.
- 496 - Wir fordern eine nachhaltiger Land- und Forstbewirtschaftung zum Schutz und zur
497 Regeneration unserer Böden.
- 498 - Das Grundwasser muss vor Übersäuerung von Schadstoffen, durch strengere
499 Auflagen bei der Einleitung von Abwasser, besser geschützt werden.

- 500 - Wir wollen altbewährtes Saatgut bewahren und fördern (F1 Hybride verbieten) und
501 wir sind gegen den Gebrauch und Verkauf jeglicher genmanipulierter Saatgüter.
- 502 - Unser Augenmerk liegt auf der Hanfwirtschaft, die wir im Besonderen unterstützen
503 werden.
- 504 - Es ist uns ein Anliegen, Plastiktüten und Plastik im Allgemeinen durch Hanfprodukte
505 zu ersetzen und Forschungen in diese Richtung auszuweiten.
- 506 - Wir möchten weg von gewinnorientierten Agenturen zur Arbeitsvermittlung und
507 schlagen wir vor, eine Online-Plattform bereit zu stellen für Jobvermittlungen von
508 Bürgern für Bürger, dies soll vermitteln und soziale Kontakte stärken
- 509 - Wir möchten die Idee des "Cradle to Cradle - von Wiege zur Wiege" in die
510 Gesellschaft einbringen und vorantreiben.
- 511 - Wir setzen uns für die Vermeidung von Müll und die Förderung von
512 Organisationsumstrukturierungen in der Produktion ein, um Verschwendung von
513 Ressourcen einzudämmen. (Nachhaltigkeit)
- 514 - Wir werden das „Cradle to Cradle“ -Prinzip massiv in der Forschung unterstützen.
- 515 - Wir möchten Repair Cafés, Kleiderläden, Regionale Lebensmittel-Punkte, Urbane
516 Gartenarbeit, essbare Städte etc. fördern und das Stadtbild damit verändern.
- 517 - Eingebaute Produktalterung (geplante Obsoleszenz) wird ein Straftatbestand.
518 Geplante Obsoleszenz in der bisherigen Form missachtet die Anforderungen einer
519 nachhaltigen Kreislaufführung. Besonders die Hersteller von elektronischen Artikeln
520 sollten mindesten 5 Jahre Gewährleistung einräumen. Wobei die höchstmögliche
521 Lebensdauer nach dem aktuellen Stand der Technik anzustreben ist.
- 522 - Wir sind für die Förderung lokaler Wirtschaft, handwerklicher Eigenproduktion sowie
523 der Open-Source-Ökonomie.
- 524 - Strom-, Wasser- und Kommunikationsanlagen gehören in die Hände der Bürger, um
525 einen ersten Schritt in Richtung Energieautonomie für jeden Haushalt zu
526 ermöglichen.
- 527 - Wir setzen uns für ein generelles Verbot von Fracking ein.
- 528 - Leerstehende Gebäude, vor allem auf dem Land, sollen von den Kommunen genutzt
529 werden können und einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden dürfen.
- 530 - Der soziale Wohnbau wird selbstverständlich von uns in großem Umfang gefördert.
- 531

532 13.2 Finanzen

533 Regionalgeld

- 534 - Die Förderung und Unterstützung von Regionalgeld-Initiativen liegt uns besonders
535 am Herzen. Unser Ziel ist es, die Potentiale vom Regionalgeld flächendeckend zu
536 nutzen.
- 537 - Die Gemeinden und Kommunen könnten selber Geld schöpfen und so die regionale
538 Wirtschaft ankurbeln.
- 539 - Die Herausgabe des Regionalgeldes wäre in Zukunft eine Aufgabe für die
540 Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

541 Spekulationen

- 542 - Die Spekulation an den Börsen wollen wir eindämmen, vor allem die Spekulationen
543 auf Nahrungsmittel aller Art, Getreide, Pflanzen, Tiere, Menschen, Land, Waffen,
544 Rüstung und Daten (Metadaten) wollen wir unterbinden.
- 545 - Wir denken über eine Spekulationssteuer nach, damit der Investor sich mit dem
546 Betrieb auseinandersetzt, in den er investiert, und sich bestenfalls mit dem Betrieb
547 identifiziert, als Vorbild siehe die Spekulationssteuer bei Immobilien.

548 Banken

- 549 - Wir unterstützen keine Bankenrettungen von staatlicher Seite mehr. Banken dürfen
550 keine Immunität vor dem Gesetz genießen und haften selbst für ihre Ausfälle.
- 551 - Weiter fordern wir die Überarbeitung des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG).
- 552 - Banken dürfen ausschließlich Kontoführungsgebühren nehmen, die ethisch vertretbar
553 sind.
- 554 - Banken sollen ihre Kunden transparent darüber informieren, worin das Geld der
555 Kunden investiert wird.
- 556 - Um den Schutz des Sparguthabens der Bevölkerung zu gewährleisten, ist es
557 erforderlich, dass Banken ihre finanzielle Abdeckung spätestens in 8 Jahren zu
558 mindestens 80% bis 100% selbst stellen können und sollten. Diese Abdeckung soll in
559 spekulationsfreien, wertstabilen und gesellschaftlich vertretbaren Materialwerten
560 nachzuweisen sein.
- 561 - Wir sind der Meinung, dass dieses System ein Vollgeldsystem benötigt. Wir wollen
562 die Diskussion darüber anregen, dass Banken nur noch als Dienstleister des
563 Vollgeldsystems arbeiten sollen.
- 564 - Außerdem denken wir darüber nach, dass der Staat, die Länder und die Kommunen
565 wieder die Hoheit über die Geldschöpfung haben und nicht wie bisher die Banken
566 unter Einfluss der EZB.

- 567 - Wir wollen ein Geldsystem einführen, das sich an den Bedürfnissen der Menschen
568 orientiert. Hierbei ist uns ein angstfreies Leben (Sicherung der Grundbedürfnisse)
569 genauso wichtig wie die Verhinderung unlimitierter Geldanhäufungen. Jede
570 Maßnahme in diesem neuen System soll ständig auf ihre Wirksamkeit überprüft
571 werden.

572 Gemeinwohlökonomie

- 573 - Die Gemeinwohlökonomie enthält ebenfalls ein umfangreiches Reformpaket
574 bezüglich Banken und Geld. Unsere Politik wird sich an diesem Konzept orientieren.

575 Schulden

- 576 - Wir bereiten uns auf einen globalen Schuldenschnitt vor, da so gut wie alle Länder
577 dieser Welt verschuldet sind. Dies ist in unseren Augen notwendig, um das soziale
578 Gleichgewicht wieder herzustellen.

579 Steuersystem

- 580 - Wir setzen uns für ein vereinfachtes Steuersystem mit 3 Steuerklassen ein. Einteilung
581 in Durchschnittsverdiener, Normalverdiener und Großverdiener. Dafür ist das
582 Bedingungslose Grundeinkommen ohne Ausnahmeregelungen Voraussetzung.

- 583 - Eine Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden.

- 584 - Ehegattensplitting halten wir für ein veraltetes System und wollen es zur
585 Volksabstimmung stellen.

586 Das zukünftige BGE hängt eng mit der Steuerform zusammen.

587 Gewinnmaximierung nach Steuern wollen wir zum sozialen Wohl der Gesellschaft limitieren,
588 um die Einkommensungerechtigkeit einzudämmen. Dazu wollen wir die dringende
589 Diskussion in der Bevölkerung anregen.

590 **Wir sind für die Einführung und Anhebungen von:**

- 591 • Reichensteuer / Millionärssteuer
592 • Erbschaftssteuer
593 • Vermögenssteuer

594 **Steuerausgaben – Selbstbestimmung**

595 Jeder Bürger soll selbst mitbestimmen können, wofür seine Steuern benutzt werden.

596 Wir schlagen ein Formular vor, das dem Bürger ermöglicht, direkte Einflussnahme auf die
597 Verwendung der Steuermittel zu nehmen. Dieses Formular ist bei der Steuererklärung
598 abzugeben und beinhaltet mindestens 5 Kategorien, die anzukreuzen sind und Themen
599 vorschlagen, die dem Gemeinwohl zu Gute kommen. (Siehe jetziger Bundeshaushalt)
600 Beispielsweise Geld für Kitas, Umweltschutz etc. Die Berücksichtigung bezieht sich auf 2/3
601 der erhobenen Steuern. 1/3 der Steuern werden für allgemein notwendige Dinge des
602 Staatswesens benötigt.

603 Wir sind für eine klare Trennung von Staat und Kirche. Der Staat darf keine Arbeiten oder
604 Investitionen für die Kirche tätigen (Kirchensteuer einziehen).

605 **13.3 BGE**

- 606 - Wir sind für das schrittweise Einführen des bedingungslosen Grundeinkommens, das
607 sich an dem Einkommensdurchschnitt aller Bürger in Deutschland orientiert. Zudem
608 wollen wir, dass das BGE sich an einem regionalen Warenkorb orientiert, der alle
609 Güter eines würdevollen, guten Lebens beinhaltet.
- 610 - Der (regionale) Preis der enthaltenen Güter des Warenkorbes wird als BGE an alle
611 Bürger ausgezahlt. Der Inhalt des Warenkorbs wird von einer
612 regierungsunabhängigen, basisdemokratisch gewählten Instanz festgesetzt.

613 **Durch eine Wachstumsbeschränkung der Finanzwirtschaft bei gleichzeitiger**
614 **Förderung der Realwirtschaft und dem dazugehörigen Grundeinkommen wird der**
615 **sozialen Gerechtigkeit ein Rahmen gegeben.**

- 616 - Das BGE ist kein "Almosen" sondern ein Ausgleich für die Gemeinwohlarbeit.
- 617 - Durch das BGE wird deutlich Bürokratie abgebaut. Kontrollen und Sanktionen der
618 Bürger und der allgemeine Druck und Zwang von staatlicher Seite werden beendet.
- 619 - Das BGE ist wichtig, damit die Hartz4-Episode endlich ein Ende hat und der Mensch
620 in Würde seiner individuellen Berufung und seinen Talenten nachgehen kann.
- 621 - Durch den technischen Fortschritt fallen immer mehr Arbeitsplätze weg, da alles
622 automatisiert und digitalisiert wird, damit wird das BGE unumgänglich.
- 623 - Parallel zum BGE wollen wir durch eine breite öffentliche Diskussion eine
624 Einkommens-Obergrenze ermitteln.

625 **Bedingungsloses Grundeinkommen (steuerfrei) bedeutet für die HFP**
626 **"für alle und bedingungslos".**

627 **13.4 Arbeit**

- 628 - Wir wollen die gesellschaftliche Diskussion über die Neudefinition der Begriffe Arbeit
629 und Leistung starten.
- 630 - In den heutigen industriellen Gesellschaften verläuft die Versorgung mit Gütern des
631 Lebensbedarfs fast ausschließlich über den Markt und schlussendlich über
632 Erwerbsarbeit. Zur Erwirtschaftung der Güter ist aber ebenso, in etwa gleichem
633 Maße, **Gemeinwohlarbeit** (Kinderversorgung, Haushalt, Familienarbeit -
634 insbesondere bei der Pflege von Angehörigen etc., ehrenamtliche Arbeit, Kultur- und
635 Kunstarbeit, politische Aktivität, unabhängiger Journalismus etc.) notwendig, ohne die
636 die Erwerbsarbeit gar nicht stattfinden kann.
- 637 - Im jetzigen System ist jedoch ausschließlich Erwerbsarbeit als „Arbeit“ anerkannt (s.
638 Hartz 4), womit alle Erwerbsfähigen zu ERWERBSARBEIT gezwungen werden, dies
639 ist aber bei der heutigen Produktivität nicht erforderlich. Daher arbeiten wir auf das
640 Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) hin.
- 641 - Wir sind für Gleichberechtigung der Geschlechter bei Einstellung, Einkommen und
642 Aufstiegschancen und für die zügige Angleichung der Gehälter in Ost und West.
- 643 - Jegliche Form von Arbeit ist als Arbeit anzuerkennen, denn Arbeitszeit ist Lebenszeit.
644 Wir verwenden den Begriff "erwerbslos" an Stelle von "arbeitslos".

645 **Arbeitszeit & Mindestlohn**

- 646 - Es geht darum, die Arbeit gerecht zu verteilen, Überstunden, Stress und Burnouts
647 abzubauen und allen Menschen ein Einkommen zu ermöglichen, von dem sie gut
648 leben können.
- 649 - Das Ausmaß, in dem jemand Erwerbsarbeit übernimmt, sollte frei wählbar sein.
- 650 - Als ersten Schritt wollen wir **eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und**
651 **Personalausgleich einführen.**
- 652 - Wir sind für eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns. Das wären zusätzliche
653 Kosten, die großteils von den Kommunen und vom Bund getragen werden müssen.
654 Deshalb schlagen wir für die Finanzierung eine Kombination von Euro und
655 Regionalgeld vor.
- 656 - Der Mindestlohn wird in regelmäßigen Intervallen an die wirtschaftlichen und
657 finanziellen Ansprüche und Herausforderungen "nach oben" angepasst
658 **(Warenkorbkoppelung).**
- 659 - Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit
660 Selbstverständlichkeiten wie der variablen Arbeitszeit und der Vertrauensarbeitszeit⁶
661 umzugehen lernen, dann sind wir dem BGE einen großen Schritt näher.
- 662 - Durch den technischen Fortschritt fallen immer mehr Arbeitsplätze weg, da alles
663 automatisiert und digitalisiert wird (z.B. 3D-Drucker).
- 664 - Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen nachweisen, dass sie die
665 Tarifverträge, Schwerbehindertenquoten sowie soziale, humanistische und
666 ökologische Kriterien einhalten.
- 667 - Um der betrieblichen Ausbeutung entgegen zu wirken, müssen insbesondere die
668 Konditionen der Selbstständigen, Klein- und Subunternehmer, Minijobber sowie
669 Praktikanten verbessert werden. Sie sollen an den Mindestlohn angeglichen werden.
- 670 - Für die Leiharbeit sollte ein alternatives Konzept entwickelt werden, das sowohl für
671 die Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber zufriedenstellend ist.
- 672 - Wir sind für ein sanktionsfreies Hartz4, solange es das BGE noch nicht gibt.
- 673 - Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote
674 abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder Sanktionen fürchten zu müssen.
- 675 - Zwang zur Erwerbsarbeit lehnen wir ab sowie auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
676 und 1,-€-Jobs.
- 677 - Für Menschen, die in geschützten Werkstätten arbeiten, soll der Mindestlohn
678 ausgezahlt werden.
- 679 - Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Inklusion, Mitbestimmung und Auswahl des
680 Berufes aller Behinderten gestärkt werden.

681

⁶ Vertrauensarbeitszeit (auch Vertrauensgleitzeit, Vertrauensarbeit oder Vertrauenszeit genannt) ist ein Modell der Arbeitsorganisation, bei dem die Erledigung vereinbarter Aufgaben im Vordergrund steht, nicht die zeitliche Präsenz des Arbeitnehmers. Es ist ein Modell der Arbeitsorganisation, nicht der Arbeitszeit, und der Arbeitnehmer ist selbst für die Gestaltung und Erfassung der Arbeitszeit verantwortlich. Die Verantwortung zur Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen liegt jedoch weiterhin beim Arbeitgeber.

682 14. Verkehr

- 683 - Nahverkehrsmittel sollen allen Menschen kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
684 um den Pkw-Verkehr zu reduzieren und die Umwelt zu schonen. Dies wollen wir zur
685 öffentlichen Diskussion stellen und über Volksentscheid abstimmen.
- 686 - Aus ökologischen Gründen wollen wir das Kerosin für die Kurzstreckenflüge höher
687 besteuern.
- 688 - Wir unterstützen die Eindämmung der CO₂-Ausstöße durch Förderung neuer,
689 nachhaltiger Technologien und Forschungen an alternativen Antriebstechniken zur
690 nachhaltigeren Nutzung von Verkehrswegen (Solar auf Wegen, Solarflugzeuge usw.).

691 15. Tierschutz:

692 Für die HFP ist es selbstverständlich, dass wir auch mit Tieren in humaner Weise umgehen.
693 Deswegen liegt uns sehr viel daran, die Massentierhaltung drastisch zu reduzieren.

- 694 - Durch die Gemeinwohlökonomie, die wir anstreben, sind für uns die Würde der Tiere
695 und eine artgerechte Haltung absolut wichtig. Sie sollen ohne
696 Mastbeschleunigungspräparate, Genfutterzusätze und übermäßige
697 Antibiotikabehandlungen und mit organischem Futter versorgt werden.
- 698 - Die Einstellung aller Patente auf Tiere und auf lebende Organismen ist für uns eine
699 Selbstverständlichkeit.
- 700 - Wir wenden uns gegen jede nicht artgerechte Behandlung von Tieren, und zwar auch
701 dann, wenn dies zu höheren Produktpreisen führt.
- 702 - Durch die Gemeinwohlökonomie wird eine starke Einflussnahme auf die
703 Produktionsbedingungen der Produzenten/Tierzüchter möglich. Diese sollte
704 unbedingt genutzt werden, um artgerechte Tierhaltung durchzusetzen.
- 705 - Versuche, die mit Verletzung oder Tötung von Tieren verbunden sind, sollen nur in
706 Ausnahmefällen erlaubt sein, z.B. wenn sie zur Bekämpfung von Krankheiten
707 unumgänglich sind.
- 708 - Wir setzen uns für die Einstellung von Felltierzuchtungen ein und wollen Felle von
709 kontrollierten Schlachtieren (auch nur für Im- & Export) weiterhin zur
710 Bekleidungsproduktion nutzen.
- 711 - Die modernen Kunstfellbearbeitungsmethoden sind heutzutage schon so weit
712 fortgeschritten, dass wir der Meinung sind, dass Echtpelze nicht mehr gebraucht
713 werden.
- 714 - Wir sind für eine Zulassung von Tieren in Seniorenheimen und für eine Aufhebung
715 der Hundesteuer.
- 716 - Tiere sind Lebewesen und keine Sachen. Es darf in einer neuen Gesellschaft nicht
717 mehr passieren, dass Wirtschaftlichkeit Vorrang vor dem Leben aller Lebewesen hat.
- 718 - Wir sind für die Abschaffung von Legebatterien.
- 719 - Im Zirkus sollen Wildtiere nicht mehr eingesetzt werden.

720 Tierschutz und Tierrechte wollen wir bereits in den Schulen und
721 Kindergärten vermitteln.

722

723 **16. Verfassung**

- 724 - Die HFP hat das Ziel, an einer verfassungsgebenden Versammlung unter
725 Einbeziehung der Bevölkerung Deutschlands mitzuwirken, wie es in Artikel 146 des
726 Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geschrieben steht.
- 727 - Die Hoheitsgebiete Deutschlands erkennen wir an.
- 728 - Die HFP erkennt die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands, wie sie nach der
729 Wiedervereinigung festgelegt wurden, an. Wir erheben keinerlei Ansprüche auf
730 Gebiete, die in der Vergangenheit unter deutscher Macht standen, und nehmen auch
731 keinerlei politische Ansprüche wahr, die auf Zurückgewinnung von Gebieten zielen,
732 die sich heute unter der Macht und Hoheit anderer Völker und Nationen befinden.
733 Dies beruht auf dem Prinzip von Völkerverständigung, Verbrüderung der Menschen
734 und des allgemeinen Friedens.
- 735 - Wir wollen die Verfassung nach Vorbildern wie zum Beispiel Bolivien, Bhutan oder
736 Uruguay aufbauen.

737 **17. Vernetzung**

738 Die Humanistische Friedenspartei strebt einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel zu
739 mehr Eigenverantwortung und mehr Gerechtigkeit an. Wir bieten allen Gruppen die
740 Kooperation an, die mit unseren Grundwerten übereinstimmen und mit uns die Welt zu mehr
741 Menschlichkeit verändern wollen.

742 Für eine bestmögliche Vernetzung nutzen wir das Informations-Netzwerk PeacePoint, zu
743 dem wir alle Parteien, Gruppen, Organisationen, Vereine und Einzelpersonen einladen, die
744 sich an der politischen Weiterentwicklung ihrer Region, ihres Landes, EU-weit und auch
745 international beteiligen wollen.

746 **Mit PeacePoint legen wir den Grundstein für eine Basisdemokratie und geben**
747 **damit die Möglichkeit, Informationen auszutauschen, sich zu vernetzen und**
748 **Aktionen gemeinsam zu gestalten.**

749 **Anmerkungen vom zweiten Parteitag 25.02.2017**

750 Es wurde beschlossen, dass bis zu dem nächsten Parteitag die folgenden Punkte als Vorschlag in das
751 Parteiprogramm eingearbeitet werden sollten:

- 752 1) Bürgerliche Steuergeldausgabenmitbestimmung
- 753 2) Sozialer Wohnungsbau
- 754 3) Notübernachtungsplätze schaffen für Obdachlose
- 755 4) Modernes Zuwanderungsgesetz; legale Zuwanderung als Vorbildwirkung für EU Staaten
- 756 5) Whistleblowergesetz
- 757 6) Demokratische Digitalisierung und Automatisierung des Staatsapparates

1. Vorstand: Paula Popescu-Kehnen

1. Vertreter: Michael Kreuchauf

2. Vorstand: Alexander Friedland

2. Vertreter: Reiner Seidel

3. Vorstand: Paul Malte Klingauf

3. Vertreter: Yannik Schröder

